

Alles hängt mit allem zusammen

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

in diesen bewegten Tagen müssen wir uns doch fragen, gab es in den 90er Jahren Pegida-Bewegungen der Deutschen gegen mögliche Folgen westlicher Politik in der arabisch-islamischen Welt?

Mit historischen Entwicklungsgeschichten müssen wir uns notgedrungen dann beschäftigen, wenn sich dieser Tage politisch interessierte Mitmenschen in Deutschland zu Tausenden auf die Straße bewegen, um mit ihrem Unmut Verantwortliche gegen bislang offenkundig doch verfehlte Politik des Westens im nahen und mittleren Osten zum Nachdenken bewegen zu wollen.

Wir verfolgen diese ganze Entwicklung mit großer Sorge, wenn Politiker und Medien Unruhen in Deutschland nicht nur völlig unsachlich abtun als das nun ebenso in Deutschland „Erstarken radikaler, fremdenfeindlicher Hassbürger“, wenn Politiker ganz logische Folgeerscheinungen ohne jede Kritik an westlicher Politik in der arabisch-islamischen Welt sogar noch strafrechtlich verfolgen lassen wollen, wenn Meinungsfreiheit in einer „Demokratie“ dann doch offenbar mit zweierlei Maß gemessen werden soll?

Nur müsste Wutbürgern und Brandstiftern in Deutschland eben auch allmählich klar werden, daß sie das Problem so nicht lösen können. Jetzige Proteste gegen Fehler aus der Vergangenheit kommen zu spät, weil sie an den Folgen verfehlter Politik der Vergangenheit nichts mehr korrigieren können, wenn sie damals von ihnen billigend in Kauf genommen wurden in der Annahme, die Deutschen wären von Auswirkungen gar nicht betroffen, Afrika und der Orient seien ja schließlich weit weg?

Kriegsflüchtlinge werden (mit und ohne Protest anders Denkender) auch weiterhin aus Kriegsgebieten fliehen müssen, solange die arabisch-islamische Welt nach wie vor immer noch in Flammen steht, solange Menschen in Kriegsgebieten gar keine andere Wahl zum Überleben haben. Es gibt keine Ursache ohne Wirkung. Die Frage für Krisenverursacher, ob Folgen ihrer Politik für sie dann auch noch zu verkraften wären, oder nicht, stellt sich bei verfehlter Politik doch gar nicht, denn alle mitbeteiligten Konfliktverursacher werden dann notgedrungen auch mit den Folgen leben müssen.

Möglicherweise waren die Deutschen in den 90er Jahren mit sich selbst beschäftigt, hat kaum jemand die antihumanitäre Entwicklung im Iran mitverfolgt? Denn wenn man sich die Politik im nahen und mittleren Osten, oder auch in Afrika in der Historie anschaut, dann muss man doch feststellen, daß der Westen ganz und gar nicht unschuldig ist für zahlreiche Krisen, wenn der Kolonialismus der Briten und Franzosen doch enormes Unheil anrichtete, indem ursprüngliche wirtschaftliche und politische Strukturen in den Ländern im nahen und mittleren Osten ganz einfach zerstört wurden. Alle Kolonialmächte, mit ihnen die USA profitierten doch ganz enorm von den dortigen Ressourcen, in der Hauptsache vom Erdöl. Den Deutschen ist doch nicht unbekannt, daß die Amerikaner die ursprünglichen Kolonialmächte nach dem zweiten Weltkrieg als die von nun an dominante Hegemonialmacht abgelöst haben.

Wir können doch nicht ernsthaft sagen, was geht es uns an, wenn sich diese Zerstörung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen doch bis in die Gegenwart immer noch fortsetzt. Wenn man sich die Frage stellt, warum es diese unvorstellbare Bestialität eines „Islamischen Staates“ überhaupt geben kann, dann kann man diese Frage als Politiker doch nicht

glaubwürdig beantworten, ohne die historischen Ursachen doch auch einmal analysieren zu müssen, warum diese Organisation derart stark werden konnte.

Erinnern wir uns: Der 1953 im Iran von britischen und amerikanischen Geheimdiensten gegen die demokratisch gewählte Regierung von Mossadegh (zwischen 1951 bis 1953 zweimal Premierminister des Iran) inszenierte Putsch kann in dieser Region ganz bestimmt als "Ursünde" westlicher Interventionen angesehen werden, wenn Folgen westlicher Politik in der arabisch-islamischen Welt inzwischen auf Europa, somit unweigerlich auch auf Deutschland übergreifen.

Mohammad Mossadegh (persisch (محمد مصدق)) war ein iranischer Politiker und Mitbegründer der kommunistischen Nationalen Front. Nach der Verstaatlichung der sich in britischer Hand befindlichen Anglo-Iranian-Oil-Company war seine Zeit als Premierminister von der Auseinandersetzung mit der britischen Regierung gekennzeichnet, was in Folge die Abadan-Krise auslöste, zum Exil von Schah Mohammad Reza Pahlavi, zum Sturz des iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh führte, also zu einer völligen Neuausrichtung der damaligen iranischen Politik. Das Ende der Laufzeit dieses sowohl für die westlichen Ölkonzerne wie für Iran so wichtigen Vertrages fiel mit dem Ende der Regentschaft von Schah Mohammad Reza Pahlavi im Jahre 1979 zusammen.

Auch unsere Historiker sind sich weitgehend darüber einig, daß es ohne den Putsch gegen Mossadegh keine islamische Revolution gegeben hätte.

Mossadegh wurde 1953 durch Nachrichtendienste der USA und Großbritanniens militärisch gestürzt (Operation Ajax), danach wegen Landesverrats angeklagt und zu drei Jahren Gefängnis und anschließendem Hausarrest verurteilt. Bis zu seinem Tod lebte Mossadegh auf seinem Landgut in Ahmad Abad.

Auf den Putsch gegen Mossadegh folgte die Diktatur des Schahs, die wiederum durch die Islamische Revolution 1979 hinweggefegt wurde. Damit waren alle demokratischen Strukturen im Keim erstickt. Übrig blieb der Klerus. Der Islam wurde in Folge politisch gedeutet und zu einer Waffe geschmiedet.

1979 war Afghanistan von den Sowjets besetzt worden. Bereits das Eingreifen des Westens in diesen Krieg hatte doch schon weitreichende Folgen. Aus der Unterstützung der Glaubenskämpfer, der Mudschahedin, in deren Kampf gegen die Sowjets, gingen Al-Qaida und Osama bin Laden später doch erst hervor. Ohne die 2003 von USA angeführte Militärintervention zum Sturz Saddam Husseins ließe sich das Erstarken radikal-islamischer Strömungen doch wohl kaum anders erklären.

Blicken wir zurück: Durch die Verstaatlichung der Ölanlagen in Abadan hatte der iranische Staat die vollständige Kontrolle über die Förderung und Verarbeitung des iranischen Öls. Der Iran hatte aber keinen einzigen Tanker, um das Öl zu seinen potentiellen Kunden zu transportieren, verfügte über keine Marine, die den Seeweg durch den persischen Golf hätte offen halten können. Die Auseinandersetzung um die Verstaatlichung der Ölindustrie entwickelte sich zur Abadan-Krise.

Erinnern wir uns an die damalige Berichterstattungen in den Medien: Großbritannien weitete sein Embargo aus, indem alle Tanker beschlagnahmt werden sollten, die iranisches Öl geladen hätten. Im Juli 1952 wurde der italienische Tanker Rose Mary mit iranischem Öl an

Bord im Hafen von Aden von britischen Inspektoren beschlagnahmt. Darauf kündigten Italien, Indien und die Türkei ihre neuen Lieferabkommen.

Die britische Regierung setzte überdies die Regierungen in den USA, Schweden, Österreich, Schweiz und Deutschland unter Druck, Ingenieuren und Technikern, die Arbeitsverträge mit der NIOC geschlossen hatten, die Ausreise in den Iran zu verbieten. Als Ausgleich für die Verstaatlichung der Ölanlagen in Abadan fror die Bank von England zusätzlich noch alle auf Pfund Sterling lautenden iranischen Konten ein im Gesamtwert von 49 Mio.

1952 brach der Iran die Beziehungen zum Vereinigten Königreich ab. Das britische Embargo gegen den Iran verfehlte jedoch seine Wirkung nicht. Die Iraner begannen buchstäblich zu hungern. So wurde das Vereinigte Königreich in den Augen der Iraner zum Symbol für Unterdrückung und Ausbeutung. Die Beziehungen zwischen dem Iran und dem Vereinigten Königreich hatte die Abadan-Krise schwer beschädigt. Die USA jedoch hatten sich als treuer Verbündeter der iranischen Monarchie erwiesen. Eisenhower stellte ein Darlehen von \$ 45 Mio. zur Verwendung bereit. Zusätzlich wurden \$ 23,4 Mio. Wirtschaftshilfe im Rahmen des Punkt IV Programms zugesagt. Die Verhandlungen mit den Briten über die Frage der Entschädigungszahlungen für die verstaatlichte Raffinerie in Abadan wurden wieder aufgenommen. Die Entschädigung für die verstaatlichte Abadan-Raffinerie wurde von geforderten 200 Mio. Pfund auf 25 Mio. Pfund zahlbar in Raten über 10 Jahre festgelegt.

Im April 1954 folgten Verhandlungen mit der US-amerikanischen Standard Oil, der britischen AIOC und der Royal Dutch Shell. Ein unterzeichnetes Rahmenabkommen anerkannte dem Iran die vollständige Kontrolle über seine Ölbestände. Ein Konsortium sollte die Förderung, Verarbeitung und Vermarktung für die kommenden 25 Jahre übernehmen. Zwei in den Niederlanden registrierte iranische Firmen (Iranian Oil Exploration and Producing Co. und die Iranian Oil Refining Co.) sollten das operative Geschäft übernehmen. Das in London angesiedelte Konsortium mit Namen *Iranian Oil Participants* sollte die Entscheidungen über Fördermengen und Preise treffen. Die Ölverträge wurden jetzt zwar über iranische Firmen abgewickelt. Die Entscheidungen über Fördermenge und Preis pro Fass wurden aber von einem Konsortium gefällt, in dem der Iran gar nicht selbst vertreten war, weshalb der Iran aus wirtschaftlichen Gründen das Abkommen letztendlich notgedrungen akzeptieren musste, obwohl sich im Iran mit dieser Konsortiallösung jedoch niemand zufriedengeben konnte.

Der Krieg in Afghanistan sollte die Sowjetunion wirtschaftlich ruinieren. Um die Sowjetunion zu besiegen, gingen die Amerikaner mit den Saudis und den Pakistanern ein merkwürdiges Bündnis ein, das zu Folge hatte, daß die Glaubenskämpfer, die Mudschaheddin, bewaffnet wurden für ihren Kampf gegen die sowjetischen Besatzer, um so dem kommunistischen System größtmöglichen Schaden zuzufügen.

Aus diesen Glaubenskämpfern, den Mudschaheddin, sind allerdings nach dem Abzug der Sowjets 1989 aus Afghanistan die Taliban, auch Al-Qaida hervorgegangen. Osama bin Laden war einer von denen, die zum amerikanischen Konsulat im Nordwesten Pakistans enge Kontakte unterhielten, die sehr viel Waffen und Geld aus den USA über die dortigen Geheimdienste empfangen hatten.

Es kam zu Spannungen mit Kuwait um das gemeinsam ausgebaute Ölfeld. Nachdem Saddam Hussein Kuwait dann überfallen hatte, hatte Osama bin Laden die Idee, daß er doch eigentlich seine Mudschaheddin im Kampf gegen den Irak nach Kuwait führen wollte. Das unterstützten die Saudis aber nicht, Osama bin Laden war ihnen zu radikal, die Amerikaner waren ihnen in Saudi-Arabien zu blasphemisch präsent, wodurch die Amerikaner nun zum großen Feind

erklärt wurden. Osama bin Laden beschloss dann, nicht nur die USA zu bekämpfen, sondern auch alle anderen Regime, die mit den USA zusammenarbeiteten. Das waren eben auch die Saudis gewesen, die es bis heute noch sind. Saudi Arabien ist auch der große strategische Bruder des Iran.

Alles hängt mit allem zusammen. Saddam Hussein hat 1990 Kuwait überfallen. Bei der Frage nach dem Warum landen wir wieder im Jahre 1953 und dem Ende der Regentschaft von Schah Mohammad Reza Pahlavi durch die islamische Revolution im Jahre 1979. Im selben Zeitraum putschte sich Saddam Hussein an die Macht, der glaubte, daß der (durch die Revolution stark geschwächte) Iran nun leichte Beute für ihn wäre. Der Krieg gegen den Iran begann 1980. Die Iraner hatten in den ersten zwei Jahren auch große Probleme, den Angriff des Irak zurückzuschlagen. Ein halbes Jahr später wendete sich jedoch das militärische Blatt, dann waren die Iraner bereits im Begriff, den Irak zu besiegen. Bevor die Iraner jedoch in Bagdad einmarschieren würden, arrangierten sich unsere amerikanischen Brüder, die nicht wollten, daß der Iran diesen Krieg gewinnt. Also begann man nun, Saddam Hussein massiv zu bewaffnen, man gab ihm Kredite und Darlehen, wodurch sich der Krieg bis 1988 noch um 6 Jahre verlängerte.

Damals war schon bekannt, daß Saddam Hussein Giftgas einsetzte, nicht nur gegen die Kurden im eigenen Land, sondern auch gegen iranische Soldaten an der Front. Weil dieses Giftgas jedoch entweder aus USA, Frankreich oder Deutschland stammen musste, bemühte sich der Iran bei den Vereinten Nationen vergeblich um Einschaltung. Erst nachdem Saddam Hussein (zuerst der große Verbündete im Kampf gegen den Iran) 1990 Kuwait (die wichtigste Tankstelle der USA neben Saudi-Arabien) überfallen hatte, fiel Saddam Hussein in Ungnade. Warum hatte er Kuwait überfallen? Saddam Hussein hatte ganz einfach kein Geld mehr, der Irak war bankrott, der Krieg hatte Milliarden gekostet. Auch die Saudis, auch die Golf-Araber hatten ihm Geld gegeben, weil er Krieg gegen den Iran führen sollte, auch die Amerikaner hatten ihm Darlehen gewährt, wenn auch verbunden mit der Auflage, den Landesbedarf an Weizenimporten ausschließlich aus den USA zu importieren. Um Schuldenerlass hatte sich Saddam Hussein jedoch vergeblich bemüht.

Erinnern wir uns weiter: Nachdem Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert war, hatten die Vereinten Nationen zahlreiche Wirtschaftssanktionen gegen den Irak verhängt. Im Februar 1991 war Kuwait befreit. Man hätte 1991 die Sanktionen gegen den Irak dann also wieder aufheben können. Aus amerikanischer Sicht war es jedoch undenkbar, daß ein Herrscher auf die Idee kommt, ein anderes Land zu überfallen. Also wurde im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von den Amerikanern und den Briten eine Resolution nach der anderen durchgepeitscht, die alle wirtschaftlichen Aktivitäten im Irak weitgehend zum Stillstand brachten. Das Ergebnis für die irakische Zivilbevölkerung war regelrecht verheerend, weil es innerhalb von kurzer Zeit auch keine Medikamente mehr im Land gab, es fehlte der Zivilbevölkerung buchstäblich an allem. Die medizinische Versorgung im Land brach völlig zusammen, was für chronisch Kranke einem Todesurteil gleichkam. Offenbar sollte mit der Aufrechterhaltung der Sanktionen die irakische Zivilbevölkerung dafür abgestraft werden, daß sie gegen Saddam Hussein passiv geblieben war? In ihrer Not hatten sich die Menschen jedoch erst recht Saddam Hussein unterworfen. Als Ergebnis dieser Sanktionen starben über eine Million Menschen, darunter (mehr Kinder als in Hiroshima) ca. 500 000 Kinder, bis es dann zum Krieg kam 2003.

Es ist ganz einfach ein Verbrechen westlicher Politik, das im öffentlichen Bewusstsein so gut wie gar nicht vorkommt. Wenn man sich die Frage stellt, wie eigentlich diese ungeheuerliche Verrohung der Moral, diese Bestialität des „Islamischen Staates“ von heute zu erklären ist,

dann muss man auf diese Phase in den 90er Jahren zurückkommen. Damals war der Irak ein Land mit einer ausgeprägten Mittelschicht, mit intellektuellem Leben, mit Leuten, die gutes Geld verdienten. Es war nicht unüblich, daß Hochschullehrer mit ihrer Familie in der Schweiz ihren Urlaub verbrachten. Als Ergebnis dieser Sanktionen wurde der gesamte Mittelstand also ganz gezielt in die totale Verarmung getrieben. Also die Nonchalance, diese vollkommen unbekümmerte Lässigkeit, mit der die Mächtigen dieser Welt aus strategischen Gründen darüber entscheiden, wo Menschen zur Durchsetzung ihrer Interessen sterben sollen und wo nicht, sucht schon ihresgleichen.

Unter den Sanktionen litten die Iraker unsagbar, sie verarmten rapide, sie hungerten, sie starben zu Tausenden, aber kein Iraker lehnte sich gegen Saddam Hussein auf, was der Westen als Folge seiner Sanktionen zumindest erwartet hatte. Denn spätestens nach seinem Überfall von Kuwait war Saddam Hussein für den Westen untragbar geworden. Das Regime um Saddam Hussein im Irak saß jedoch nach wie vor fest im Sattel.

Dann kam es in den USA zu den Anschlägen des 11.09.2001. Damit war der Count Down gesetzt für den Krieg 2003. Denn gleich nach den Anschlägen hatte man sich in Washington zusammengesetzt, um zu überlegen, wo mit der Kriegsführung begonnen werden sollte, in Afghanistan oder im Irak, obwohl damals schon klar war, daß Saddam Hussein mit den Anschlägen des 11.09.2001 nichts zu tun hatte.

Alles hängt mit allem zusammen. Zwischen dem Sturz von Mossadegh 1953 und der Islamischen Revolution von 1979 lagen 26 Jahre. Nun verkürzte sich die Taktfolge. Wer in Deutschland (außer einigen Experten) hätte vor 2 oder 3 Jahren den „Islamischen Staat“ gekannt? Heute kennt ihn jeder. Aber es wird so getan, als sei es eine völlige Überraschung, daß es den „Islamischen Staat“ überhaupt gibt. Das ist (wie die Historie beweist) keine Überraschung, sondern die logische Konsequenz einer falschen Politik, die sich in der Region immer noch fortsetzt.

Wider jedes Völkerrecht sind die Amerikaner also im Irak einmarschiert, was 2003 zum Sturz von Saddam Hussein führte. Wenn man Verbrechen mit dem Sturz eines Verbrechers beenden will, wäre ja theoretisch nicht einmal etwas dagegen einzuwenden. Nur wenn man keinen Plan für den Tag danach hat? Dann war es von den Amerikanern doch taktisch ziemlich unklug, die Irakische Armee, die Geheimdienste und Saddam Husseins „Wiedergeburtspartei“ zu verbieten. Dadurch wurden über Nacht Hunderttausende praktisch arbeitslos und die meisten dieser Arbeitslosen wussten, mit Waffen umzugehen.

Wie viele Staaten im nahen und mittleren Osten ist der Irak ein Land, das völlig anders aufgestellt ist als die Staaten in Europa, in denen es eine ausgeprägte Mittelschicht gibt. Im Irak gab es zwar eine Mittelschicht, sie wurde jedoch mit den Wirtschaftssanktionen völlig zerstört. Wenn ein Staat völlig zusammenbricht, wenn es überhaupt keine innere Ordnung mehr gibt, wenn die Leute versuchen müssen, irgendwie zu überleben, dann ist Individualität nicht mehr gefragt. Dann bilden sich Gruppen, eine Solidargemeinschaft, die sich beim Überleben gegenseitig hilft. Das ist im Kontext nahöstlicher Gesellschaften zunächst der Familienclan, dann die erweiterte Großfamilie, dann der Stamm, die jeweilige religiöse Gruppierung (Sunniten oder Schiiten) und letztlich die Volksgruppe, also die ethnische Zugehörigkeit zu entweder den Kurden oder zu den Arabern.

Die an die Macht gelangten Schiiten übten zunächst Rache für Jahrhunderte der Unterdrückung. Die schiitischen Politiker setzten alles daran, um die Sunniten zu marginalisieren. Das Ergebnis war, daß die sunnitischen Stämme den Aufstand gewagt haben

gegen die schiitische Zentralregierung und gegen die amerikanischen Besatzer, um ihren Machtverlust auszugleichen. Bei dieser Volkserhebung der Sunniten war die Gruppe mit Al-Qaida an der Spitze jedoch nur eine von vielen Gruppierungen der Sunniten. Die Amerikaner stellten es jedoch immer so dar, als würden sie Al-Qaida im Irak bekämpfen. In Wirklichkeit bekämpften sie den Aufstand der Sunniten, der als Reaktion auf die Entscheidung der Amerikaner, die irakische Armee aufzulösen, erst entstanden war.

Den Sunniten ging es damals um innerirakische Angelegenheiten, um Bagdad, nicht um Al-Qaidas internationale Terror-Pläne, die sie gar nicht interessierten. Unter der Regentschaft von Saddam Hussein lebten unterschiedliche religiöse Gruppen, auch unterschiedliche ethnische Gruppierungen in Bagdad einst ganz friedlich zusammen, es gab viele Mischehen. Nach dem Sturz von Saddam Hussein war Bagdad zu einer geteilten Stadt geworden, Sunniten mussten schiitische Gebiete verlassen und umgekehrt. Familien waren auseinander gerissen, Mauern um Stadtgebiete gezogen worden. Kein Sunnit kam mehr auf die tollkühne Idee, schiitisches Gebiet zu betreten und umgekehrt, weil das inzwischen lebensgefährlich geworden war.

Die neue Bewegung, die dann im Jahre 2006 als Reaktion auf die Tötung des Anführers von Al-Qaida erst entstand, nannte sich dann neuer „Islamischer Staat“ im Irak, zunächst eine innerirakische Veranstaltung, gut verankert in den irakischen Stämmen. Ohne den Krieg in Syrien im Jahre 2003 wäre diese lokale Volksbewegung im Irak möglicherweise auch eine innerirakische Sache geblieben, wenn im nahen Osten keine weitere Eskalation dazugekommen wäre.

Wenn sich nach einem Zusammenbruch eines Staates in diesem Lande Allianzen von jetzt auf gleich auch ganz schnell wieder ändern können, weil sich selbstverständlich auch keiner mit den USA anlegen wollte, dann hat das nichts mehr mit Strategie oder Ideologie zu tun, dann geht es nur noch um das nackte Überleben. Das muss man wissen, wenn es in solchen Konflikten, wenn alles am Boden liegt, alles zertrümmert ist, keine Unterscheidung mehr zwischen gut und böse geben kann.

Der Bürgerkrieg in Syrien war aus einer Widerstandsbewegung gegen Baschar al-Assad entstanden, aus dem dann sehr schnell ein Stellvertreterkrieg wurde. Wenn Staaten zerfallen ist die Frage sehr wesentlich, welche religiöse Gruppe, welche ethnische Gruppierung. In Syrien gibt es (anders als im Irak) eine Bevölkerungsmehrheit der Sunniten. Aber die Macht in Syrien haben die Alawiten, eine religiöse Minderheit von ca. 15 % (die im späten 9. Jahrhundert im Irak entstand und zum schiitischen Spektrum des Islam gehört, nicht zu verwechseln mit den türkischen und kurdischen Alevisten), die gemeinhin als schiitische Sekte gilt und als Minderheit daher Bündnispartner braucht.

In der Hauptstadt Damaskus wurde der sunnitischen Mittelschicht also von der Baschar al-Assad - Regierung signalisiert, sie hätten alle Möglichkeiten, Geld ohne Ende zu verdienen, wenn sie nur nicht die Machtfrage stellen.

Die gleiche Botschaft sendeten aber auch die Alawiten an die anderen religiösen Minderheiten, vor allem an die Christen und die Drusen. Sie könnten anbeten, wenn immer sie wollten, sie würden sie nicht missionieren, sie können nach ihren Vorstellungen leben, aber nicht die Machtfrage stellen.

Dieser Diel hatte über Jahrzehnte funktioniert bis es nach Dürreperioden und anderen Katastrophen durch verarmte schiitische Schichten aus den Vororten der Großstädte und aus ländlichen Gebieten zum Aufstand gegen Baschar al-Assad kam.

In den westlichen Staaten begrüßte man den Aufstand gegen Assad, denn Syrien ist der engste Verbündete des Iran in der arabischen Welt und über Syrien erfolgt der Waffennachschub für die Hisbollah, die „Partei Gottes“, eine Schiiten-Miliz im Libanon.

Wir sehen wiederum, daß alles mit allem zusammenhängt. Das Kalkül des Westens (konkret der USA, der Europäer, der Türkei und der Golfstaaten) war der Sturz von Baschar al Assad, um dann ein sunnitische Regime einzusetzen. Die privilegierten Beziehungen mit Teheran wären dann beendet, kein Waffennachschub mehr aus dem Iran, dann also Ende gut alles gut. Aber es kam anders, weil die Aufstandsbewegung zu schwach war, um Baschar al-Assad zu stürzen, und weil der Iran, Russland und China an Baschar al-Assad festhalten, die nicht wollen, daß sich der Westen nach den Ereignissen in Lybien noch ein weiteres Land unter den Nagel reißt.

In Syrien musste der Westen irgendwann also erkennen, Baschar al-Assad ist nicht zu stürzen, er gab auch nicht auf. Wenn er nicht das ganze Land zurückerobern konnte, konzentrierte er sich auf das Kernland, also auf die alawitischen Siedlungsgebiete, auf die wirtschaftliche Lebensader von der jordanischen Grenze an über Damaskus bis nach Aleppo und auf den Streifen zum Mittelmeer. Die Entwicklung in den ganzen Gebieten entlang der Grenze zur Türkei und den Irak aber hatte er sich selbst überlassen. Hier entstand ein Machtvakuum, das sich mit verschiedenen islamischen Milizen und eben auch dem „Islamischen Staat“ füllte, der vom Irak aus nach Syrien aufgebrochen war und dort großes Territorium erobert hatte. Vor allem die Ölquellen im Osten Syriens wurden zur Haupteinnahmequelle für den „Islamischen Staat“, der dort derart mächtig wurde, daß er dann auch auf die sunnitischen Gebiete übergriff, die er bis dahin noch nicht kontrolliert hatte.

Erst dann wachte man im Westen staunend auf mit der Feststellung „Islamischer Staat“? – wo kommen die denn nun plötzlich her? Jedoch als selbst geschaffene „Made by USA“ gab es den „Islamischen Staat“ zu diesem Zeitpunkt doch schon ziemlich lange. In den USA hatte man offensichtlich bis heute nicht verstanden, daß militärische Interventionen in der Regel nicht das bewirken, was man sich von ihnen erhofft. In dem Moment, wo man Regime beseitigt, indem man eingreift in die Innenpolitik bestimmter Staaten, indem man von außen versucht, eine Ordnung einzusetzen, die im Interesse westlicher Politik agiert, schafft man bei einem Staatszerfall Chaos mit dem Ergebnis radikaler islamischer Bewegungen wie „Islamischer Staat“.

Nach der Intervention der Franzosen, Briten und Amerikaner konnten wir in Lybien doch ebenso beobachten, wie der Sturz von Gaddafi zur Folge hatte, daß dessen Söldner aus Schwarzafrika mit ihren Waffen in Richtung Süden zogen auf der Suche nach neuen Bündnispartnern und Beute. Islamische Gruppen wie Boko Haram setzen sich für die Einführung der islamischen Scharia in ganz Nigeria und das Verbot westlicher Bildung ein, was immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit Christen oder gemäßigten Muslimen führt. Von 1999 bis 2004 soll der Konflikt auf beiden Seiten etwa 10.000 Menschenleben gekostet haben. Bei wiederholten Übergriffen auf Koranschulen und Anschlägen auf christliche Kirchen kam es zu zahlreichen Toten und Verletzten. Boko Haram erlebte 2012 in Nigeria doch einen ganz enormen Boom. Dann begann der Krieg in Mali, um die Rebellen dann wieder in Richtung Norden zurückzutreiben.

Das alles nennt man auf *neudeutsch*: „*Mehr Verantwortung übernehmen*“, wenn die Amerikaner die Idee haben, ihre Kriege nicht mehr alleine führen zu wollen, sondern sie zu delegieren an willige Bündnispartner, darunter eben auch die Europäer. Also bitte liebe Briten, liebe Franzosen, lieber Europäer, beseitigt ihr dort mal den Gaddafi, wir helfen euch logistisch, auch mit ein paar Bombardements, aber für die Feinarbeit seid bitte ihr zuständig?

Die Deutschen sind eben bereit, diese Verantwortung auch mit zu übernehmen. Die Lieferung von Waffen an die Kurden im Irak ist sozusagen nur ein Vorspiel dessen, was uns künftig noch bevorstehen wird. Es sind mittlerweile 7 Länder, in denen die USA in den letzten Jahren in der arabisch-islamischen Welt militärisch interveniert haben, oder aber mit Hilfe von Drohnen dort mitwirkten. In keinem dieser Länder ist es bis jetzt zu einer Beruhigung der Innenpolitik gekommen, im Gegenteil, Chaos und Anarchie haben sich freigesetzt und sind inzwischen gar nicht mehr zu kontrollieren. Und wenn wir jetzt Politiker hören im Blick auf das, was in Libyen passierte, dann heißt es, auch hier müssen wir militärisch intervenieren, um das Chaos von unseren Küsten fernzuhalten? Man schafft erst Chaos und schickt dann noch mehr Soldaten in Krisengebiete, um das bereits verursachte Chaos mit Verschlimmerung des Chaos dann eindämmen zu wollen? Kann das denn funktionieren?

Der „Islamische Staat“ ist nicht zu besiegen, weil er eine Stammesbewegung ist im Kampf gegen die Bevormundung der Schiiten in Bagdad mit einer Ideologie des „Islamischen Staates“, die doch nicht völlig neu vom Himmel fiel, sondern der „Islamische Staat“ ist lediglich eine Neuauflage des moabitischen Islam.

Der moabitische Islam in Saudi-Arabien und die Ideologie des „Islamischen Staates“ sind wie Bruder und Schwester. Keiner regulären Armee ist es jemals gelungen, eine Stammesbewegung zu besiegen. Man kann den „Islamischen Staat“ militärisch vielleicht vorübergehend wieder zurückdrängen, aber die Idee in den Köpfen wird bleiben, was sich auch nicht ändern wird, solange diese Staaten zerfallen.

Wenn ein Staat erst einmal zusammengebrochen ist, dann passiert das, was wir jetzt hier beobachten können im Irak und in Syrien.

Wenn man die unglaubliche Radikalität verstehen will, dann muss man eingehen auf das, was bis jetzt dort geschehen ist. Denn als Humanist kann im Irak keiner mehr überleben. Der Humanismus starb dort bereits mit den verhängten Sanktionen.

Seither geht es dort nur noch ums nackte Überleben. Es gibt keine Familie, die keine Angehörigen verloren hätte, entweder durch die Sanktionen oder durch den Krieg.

Über 2 Mio. Iraker sind seit 1990 gestorben, dazu kommen noch mehrere Hunderttausend Tote im Krieg gegen den Iran. Also ein furchtbarer Blutzoll, und der Grund für Rückständigkeit, Brutalität und Ausweglosigkeit in diesem Teil der Welt ist begründet in der Unfähigkeit der jeweiligen Regime, die keinerlei Interesse daran haben, ihre Gesellschaften geistig nach vorne zu entwickeln, sondern nur an ihrem eigenen Machterhalt interessiert sind, an dem Erhalt der Macht eines bestimmten Clans, einer bestimmten Gruppe auf Kosten der jeweils anderen.

Jede dieser Gruppen an der Macht weiß ganz genau, wenn sie die Macht verlieren, dann gibt es eine Nacht der langen Messer, dann werden sie massakriert. Das Problem ist nur, daß die anderen Gruppen, die an die Macht kommen wollen, ebenso denken. Die Vorstellung ist eine Stammesvorstellung. Nur wer sich total unterwirft, würde den Machtkampf überleben.

Diese unerfreulichen Kausalitäten werden nicht nur unterstützt, sondern sogar noch verschärft durch eine westliche Interventionspolitik, die dazu führt, daß ein Krieg aus dem nächsten entsteht und ein Ende der Gewaltspirale gar nicht abzusehen ist.

Die Revolution im Iran war aus saudischer Sicht die Gefährdung des eigenen Machtanspruches. Der Iranische Atomstreit ist natürlich auch ein Ergebnis des Putsches gegen Mossadegh und der Iranischen Revolution.

Aber warum will der Westen den Iran offiziell überhaupt isoliert sehen? Aufgrund seiner radikalen Politik, oder weil er angeblich Israel bedrohen, oder heimlich Atomwaffen bauen soll, was sich inzwischen nicht bestätigte? Nein, weil der Iran als einziger Staat zwischen Marokko und Indonesien keine pro westliche Politik verfolgt. Das ist der Grund, warum dieses Land durchaus isoliert werden soll. Wer sich nicht den hegemonialen Interessen des Westens unterwirft, der wird nach Möglichkeit klein gehalten. Das gilt nicht nur für die arabisch-islamische Welt, sondern auch für andere Krisenherde auf unserem Globus.

Denn es kann doch wahrhaftig keiner von uns ernsthaft glauben wollen, das ganze Chaos im Orient wäre durch den Islam verursacht worden?

Wenn der Westen (im Hinblick auf deutsche Waffenexporte im ersten Halbjahr 2015) aus seinen Fehlern seit dem Bündnisfall bis jetzt schon etwas gelernt hätte, müsste er sich derzeit wohl kaum mit dem Aufstieg des "Islamischen Staates" befassen, möglicherweise dann auch nicht mit einer regelrechten Flut von Kriegsflüchtlingen in Richtung Europa, die nun einer nicht enden wollenden Völkerwanderung gleichkommt, unter der ganz Europa inzwischen bereits ächzt und stöhnt.

Es kann keine Folgen ohne Ursachen geben. Wer den Wind sät, muss zumindest damit rechnen, daß er unter Umständen dann auch Sturm ernten kann.

Mehr Informationen erhalten Sie in unseren regionalen Gemeinschaftszentren.

<http://menschenrecht-amt.de/>
<http://zds-dzfmr.de/>

Gemeinschaft der Menschen
im Oktober 2015